

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

37 (9.12.1949)

# BADISCHES VOLKSECHO

Aus dem Inhalt:

In den Betten 160 Kranke erschossen  
Heimkehrer werden deutlich  
Die Kriegsgewinnler sollen zahlen!  
Verwaltungsreform zur Stärkung der hohen Bürokratie?

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 65, Chefredaktion: Willy Grimm, Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2396, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen, Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39, Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisl. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 1 / Nr. 37

Freitag, 9. Dezember 1949

Preis 15 Pf.

## Die Kriegstreiber werden geschlagen, wenn wir gemeinsam kämpfen!

Erhebt eure Stimmen in den Betrieben, gegen alle, die erneut wieder unser Unglück wollen

• Vom Parteivorstand der KPD wird uns geschrieben: Dr. Adenauer, Bundeskanzler der drei Westzonen, hat nicht nur das Ruhrstatut anerkannt, das Besatzungsstatut gefordert und begrüßt, sondern fordert jetzt offen die Militarisation Westdeutschlands. Abenteuerliche imperialistische Generale, denen das Glück der Völker nichts gilt, wollen Krieg. Sie träumen von neuen Schlachten, die andere für sie gegen den Osten, die Sowjetunion, die Volksdemokratie und die Deutsche Demokratische Republik schlagen sollen. Namhafte Politiker und Militärs in USA und England fordern deutsches Menschenmaterial für ihre Kriegsmaschine, die in fieberhaftem Tempo ausgebaut wird. Deutsche junge Männer sollen das Fußvolk in der mechanisierten Armee Europas unter amerikanischem Oberbefehl sein. Deutsche junge Männer sollen für den abscheulichen Plan gewonnen werden, als Angehörige einer imperialistischen Söldner-Armee u. a. gegen Deutsche in der Deutschen Demokratischen Republik zu marschieren. Dr. Adenauer will ein Kontingent deutscher Soldaten einer Atlantik-Fakt-Armee zur Verfügung stellen. Jetzt wird es klar, warum im Parlamentarischen Rat ein Antrag der Kommunistischen Partei auf Achtung des Krieges abgelehnt wurde. Carlo Schmid, einer der rechten Führer der SPD hat den Artikel des Grundgesetzes verteidigt, nach dem die Regierung berechtigt ist, Waffen herstellen zu lassen. Er sagte, daß man noch nicht wissen kann, ob die Lage Europas nicht eines Tages eine deutsche Armee erfordere. Jetzt kommandieren Generale aus Uebersee, Militaristen und Reaktionen in- und außerhalb Deutschlands: „Wir brauchen deutsche Soldaten“. Deutsche Soldaten sollen eine untergehende Welt verteidigen. Die Imperialisten handeln nach

der Devise Hitlers. Wenn auch ganze Nationen in Trümmer gehen, wenn auch ein Krieg gegen das Lager des Friedens ein verbrecherisches Abenteuer ist, jedes Mittel ist recht, um noch eine Zeitlang die eigene überflüssige Existenz zu erhalten. Der zweite Weltkrieg brachte dem deutschen Volk unsagbares Elend, Ruinen und die nationale Katastrophe. Die Herren Bankiers und Konzernherren überschätzen ihre Kräfte. Heute ist der Krieg zu verhindern, aber nur durch den entschlossenen Kampf aller friedliebenden Menschen. Jetzt erhebt eure Stimme, Arbeiter in den Betrieben, laßt nicht zu, daß Atombomben Menschen und Produktionsstätten vernichten. Jetzt erhebt euch, Bauern, kämpft gemeinsam mit den Arbeitern zur Verteidigung Eurer Äcker und Höfe. Geistesschaffende, reißt euch ein in die Front des Friedens. Euer Werk sei Friedensarbeit. Junge Menschen unserer Heimat, Millionen Männer und Frauen, ganze Völker und Staaten schauen auf euch. Die Hälfte der Menschheit ist heute fest im Lager des Friedens vereint und erwartet von euch eine klare Entscheidung. Seid tapfer für den Frieden! Seid Kämpfer gegen den Krieg! Dr. Adenauer, Pferdenges und seine Freunde innerhalb und außerhalb Deutschlands mögen eine deutsche Söldnerarmee für den dritten Weltkrieg wollen. Ihr aber wollt leben und nicht für Kapitalisten sterben. Ihr aber wollt ein freies, friedliches Deutschland und nicht die Wiedergeburt einer verbrecherischen Raubpolitik. Arbeiter, Bauern, Geistesschaffende, Männer, Frauen, Jugendliche, eure Antwort auf die Politik Adenauers zur Schaffung einer deutschen Armee sei: Die Vereinigung der Kämpfer für den Frieden! Die Kriegstreiber werden geschlagen, wenn wir gemeinsam kämpfen.

## Bodenreform ohne Land und Geld

Wüsteneien für Flüchtlingsbauern

• Bonn. (SID) „Es müßten endlich die Folgerungen aus den Bodenreformplänen gezogen werden“, forderte der CDU-Abg. Dr. Kather in einer Pressekonferenz. Die Frage, nach welcher Bodenreformpläne er die Lösung wünsche, ergab, daß er nicht die Aufteilung des Großgrundbesitzes wollte, sondern sich auf die sogenannte Flurbereinigung der Herren Schlange-Schöningen und Niklas verlassen will. Schlange-Schöningen gab in Frankfurt einmal bekannt, daß verwüstete Landstriche den Flüchtlingsbauern verpachtet werden sollen. Kather berief sich auch auf diesen Vorschlag und meinte: Genügend Land sei vorhanden, aber es fehle an Geld, um die bisherigen Besitzer (meist Junker) zu entschädigen.

Wer soll getroffen werden?

CDU fordert Herabsetzung der Pensionen  
• Bonn. (SID) Die durch die überhöhten Besatzungskosten und viele anderen unnötigen Ausgaben sich immer mehr verschlech-

ternde Finanzlage des Bundes und der Länder veranlaßt die CDU zu immer groteskeren Versuchen, Gelder aus dem Volke herauszuholen. So schlug der CDU-Abg. Dr. Kather vor, daß man die Pensionen und Wartegelder aller Beamten um 8 bis 9 Prozent kürzen müsse, um die geforderten Pensionszahlungen für ausgewiesene Beamte durchführen zu können. Dieser Vorschlag der CDU dürfte bei allen Beamten starke Beunruhigung auslösen, da vor allen die Pensionen der kleineren und mittleren Beamten kaum für den Lebensunterhalt ausreichen.

## Doppelspiel in Bonn

um den steuerfreien Satz der Weihnachtsgratifikationen  
• Bonn. (Eig. Ber.) Einstimmig hatte der Bundestag die Erhöhung des steuerfreien Satzes für Weihnachtsaufwendungen von 100 auf 300 DM genehmigt. Finanzminister Schäfer aber ist anderer Auffassung. Er will diesen Beschluß nicht befolgen und erklärte, daß es sich hier lediglich um eine Anregung des Bundestages und nicht um ein Gesetz handle. Nun soll die Vorlage durch den Bundesrat zu Fall gebracht werden. Die Mehrzahl der Länder hat nämlich bereits erklärt, daß sie gegen diese Vergünstigung sei.

## Lebensmittel-Preisgefüge vor Zusammenbruch

Spekulationen mit Milch und Butter — steigende Preise belasten Arbeiterhaushalt!

In der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Bundestages wurde der Vorschlag des Unterausschusses betreffend Milchpreise behandelt. Dieser Vorschlag läuft auf eine Erhöhung des Butterpreises für 250 Gramm (dem derzeitigen Satz für Normalverbraucher) um 0,34 DM hinaus. Diese Preiserhöhung soll zum Teil wettgemacht werden durch eine Verminderung des Wassergehaltes, die nach dem Bericht mit je 0,10 DM pro Kilo zu bewerten ist. Im Ausschuß fand sich bisher für diesen Vorschlag keine Mehrheit. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion, Otto Niebergall, setzte sich im Ausschuß für eine Senkung des Preises der Vollmilch ein. Er wandte sich mit Entschiedenheit dagegen, daß in den einzelnen Molkeereien, den Butterwerken und Butterschmelzen große Mengen von Butter aus spekulativen Gründen in der Hoffnung auf eine Preiserhöhung zurückgehalten werden. Er hob hervor, daß die von der Margarine-Großindustrie vorgenommene Preissenkung ausschließlich dem Großhandel zugute kommt, und daß der Verbraucher vollkommen leer ausgeht. Er forderte Maßnahmen gegen die Großmargarine-Industrie, in der ausländisches Finanzkapital in starkem Ausmaß beteiligt ist, das einen systematischen Kampf zur Vernichtung der kleinen Margarine-Hersteller führt.

In bezug auf den angekündigten Import von 50 Millionen Eiern verlangte Abgeordneter Niebergall Verbraucher-Festpreise. Für diesen Vorschlag fand sich keine Mehrheit im Ausschuß. Beschlossen wurde aber, daß sowohl die Einkaufspreise wie auch die Handelspreise für diese ausländischen Eier fortlaufend veröffentlicht wird, wodurch eine gewisse Kontrollmöglichkeit für den Verbraucher gesichert werden soll. Bei der politischen Zusammensetzung des Bundestages besteht die Gefahr, daß der Butterpreis erhöht wird. Die Folgen dieser weiteren Durchbrechung des Preisgefüges angesichts der bisherigen Preissteigerungen für eine Reihe von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern bedeute eine weitere Belastung des Verbrauchers. Das Verhältnis zwischen Preis und Lohn würde noch mehr die Lage des schaffenden Volkes verschlechtern. Im „Ernährungsdienst“ der Fachzeitung des Getreide- und Landesproduktenhandels vom 5. 12. 49 finden wir die Meldung, daß von den Alliferten eine beschleunigte Einstellung der Subventionspolitik gefordert wird. Das Blatt will aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben, daß diese Subventionen bereits zum 21. 12. 49 zu Ende gehen sollen. Werden aber die Subventionen eingestellt, dann bricht das gesamte Preisgefüge zusammen.

## Die ausländische Inbesitznahme des Ruhrgebietes wird eingeleitet

Stelldichein von Industriellen, Bankiers und reaktionären Politikern mit Kirk Patrick in Düsseldorf

London. (dap und EB) Organisiert von dem FDP-Abgeordneten Dr. Middelhaue und in Düsseldorf ein Treffen westdeutscher Industrieller, Bankiers und reaktionärer Politiker statt, zu der der Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenministerium, Sir Ivone Kirk Patrick eingeladen war. Die Zusammenkunft hat in der britischen Öffentlichkeit größte Aufmerksamkeit erregt. Wir in Westdeutschland haben von diesem Treffen nur über den Umweg einer Stellungnahme der englischen konservativen Zeitung „Daily Telegraph“ erfahren. Gegenstand der Verhandlung der Industrieller und Bankmagnaten war die Frage der Investierung ausländischen Kapitals in der deutschen Ruhrindustrie, vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie.

rasche und entschiedene Stellungnahme der Arbeiterschaft in den Betrieben, denn es ist ihre Haut, die zu Märkte getragen und über die geteilt wird. Adenauer als Börsenspekulant  
• Braunschweig. (dpa) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Otto Arnholz griff Bundes-

kanzler Dr. Adenauer heftig an. Er habe persönlich kein Vertrauen zu dem Bundeskanzler, sagte Arnholz. Ihm sei bekannt, daß Dr. Adenauer sich 1935 als Börsenspekulant betätigt und gegebene Zusagen nicht erfüllt habe. Seit dieser Zeit stehe er auf der „Schwarzen Liste“ der Banken und Bankiers. Er stehe für die Anschuldigungen ein, weil er damals die Liste selbst gesehen habe. Sie werden immer frecher!  
Vereinigte Unternehmerverbände wollen an der heutigen Wirtschaftsordnung nicht rütteln lassen

## Schluß mit Sorglosigkeit! Erhöhte Wachsamkeit!

Gemeinsamer Beschluß der Sekretariate des Parteivorstandes und des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen der KPD

In einer ersten gemeinsamen Sitzung der beiden Sekretariate des Parteivorstandes und des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen wurde in einer gründlichen Beratung zur politischen Lage und den Aufgaben sowie zur innerparteilichen Lage in Nordrhein-Westfalen Stellung genommen. Einstimmig waren alle Teilnehmer der Beratung der Auffassung, daß der ideologische Zustand unserer Partei in Nordrhein-Westfalen alle Mitglieder mit ernster Sorge erfüllen muß. Im Verlaufe der Beratungen bestätigte sich, daß ungenügende Wachsamkeit und ein sorgloses Verhalten gegenüber den Versuchen des Gegners, ideologische Zersetzung in die Partei zu tragen, besteht. Das führte auch zu leichtfertigem Verhalten gegenüber solchen Elementen in der Partei, die in dringendem Verdacht stehen, direkte Verbindung zum Gegner zu haben. Selbst Signale und Warnungen von Mitgliedern und Funktionären unserer Partei an die Leitungen wurden oft nicht mit der genügenden Aufmerksamkeit beachtet. Es wurde beschlossen, eine Untersuchung über das Verhalten eines Sekretariatsmitglieds der KPD im Lande Nordrhein-Westfalen, das unter dem dringenden Verdacht steht, bis in die letzte Zeit Verbindung mit dem Gegner aufrechterhalten und verheimlicht zu haben, durchzuführen. Der Genosse Josef Schappe, Mitglied des Sekretariats Nordrhein-Westfalen wurde auf gemeinsamen Beschluß der Sekretariate des Parteivorstandes und des Sekretariats des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen mit sofortiger Wirkung von seinen Funktionen als stellvertretender Chefredakteur des Zentralorgans, als Mitglied des Sekretariats des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen und allen anderen Parteifunktionen entbunden. Auf Grund des gemeinsamen Beschlusses des Parteivorstandes und des Sekretariats des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen wird eine Untersuchung in der Angelegenheit durchgeführt. Zu diesem Zwecke wurde eine Untersuchungskommission des Parteivorstandes gebildet, die ihre Arbeit bereits aufgenommen hat. Weil in diesem konkreten Falle dem Genossen Hugo Paul der Vorwurf gemacht werden muß, keine genügende Wachsamkeit geübt zu haben, wird er bis zum Abschluß der Untersuchung von seiner Funktion als 1. Vorsitzender der KPD im Lande Nordrhein-Westfalen beurlaubt. Im Kampf gegen alle Versuche des Klassenfeindes, unsere Partei von innen her anzugreifen, wird dem Genossen Hugo Paul Gelegenheit gegeben, sich mit allen seinen Kräften zur ideologischen Kräftigung und Erziehung unserer Partei zur Wachsamkeit aktiv einzusetzen. Zur Verstärkung des ideologischen Kampfes und der Erziehung zur Wachsamkeit delegiert das Sekretariat des Parteivorstandes in Übereinstimmung mit dem Sekretariat des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen den Genossen Josef Ledwohn in die Führung unserer Landesorganisation Nordrhein-Westfalen. Nach dem Schläge, den die anglo-amerikanischen Kriegstreiber in der Welt erlitten haben und angesichts der Ueberlegenheit des Friedenslagers wächst der Drang der Imperialisten zu einem neuen Kriegsabenteuer. Westdeutschland und besonders dem Ruhrgebiet haben sie dabei eine besondere Rolle zugezogen. Die Kommunisten an Rhein und Ruhr tragen deshalb im Kampf gegen den kriegstreiberischen Imperialismus für die Erhaltung des Friedens und für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes eine ganz besondere Verpflichtung gegenüber unserem Volk und allen friedliebenden Völkern und Menschen der ganzen Welt. Alle Parteimitglieder und Funktionäre im Lande Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, mit größter Wachsamkeit und Entschlossenheit dem Kampf um die ideologische und organisatorische Festigung unserer Partei zu führen, damit die KPD als Partei des Marxismus-Leninismus ihre große nationale und internationale Verpflichtung erfüllen kann. Frankfurt, den 8. Dezember 1949.

Unternehmer seit dem Ja Dr. Böcklers zum Ruhrstatut sichtlich zugenommen haben. Es wird aber auch hinzugefügt, daß man angesichts derartiger Provokationen desto bereiter sei, für das Mitbestimmungsrecht und für eine gerechte Lohnerhöhung den Kampf zu führen. Gegen Böcklers Hilfsstellung für Adenauer  
Protest der Heilbronner Betriebsräte  
Heilbronn. (E. B.) „Wenn auch inzwischen wieder der Ausschluß Dr. Schumachers aufgehoben wurde, so bleibt doch das Petersberg-Abkommen mit den Hohen Kommissaren als eine große Gefahr für die deutschen Arbeiter und Angestellten bestehen“, heißt es in einer Entschleunigung, die rund 750 Betriebsräte, die über 20 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte vertreten, faßten. Die Betriebsräte des Heilbronner Industriegebietes wenden sich in ihrer Entschleunigung schärfstens gegen die Einschleusung von fremdem Kapital, womit die deutsche Wirtschaft dem ausländischen Großkapital ausgeliefert wird. Dies führe zu den härtesten Folgen für die Arbeiterschaft. Nicht nur die Erringung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts werde in Frage gestellt, sondern auch die Sozialisierung der Grundstoffindustrie für lange Zeit verhindert. Die Betriebsräte Heilbronn stellten mit aller Eindeutigkeit fest, daß das Verhalten Dr. Böcklers in der Frage der Anerkennung des Ruhrstatuts keine Billigung der Gewerkschaftler findet. Sie erwarten vom Vorstand, daß er eine klare Stellungnahme in der Angelegenheit bezieht. Böcklers Stellung stehe im Widerspruch zu den Beschlüssen des ersten Bundeskongresses in München und entspreche deshalb nicht dem Willen der 5 Millionen Mitglieder. Böcklers Schritt sei ein schwerer Schlag gegen die Haltung der beiden Arbeiterparteien im Bundesparlament. Für Kriegsverbrechen findet man immer mildere Umstände  
Würzburg. Der ehemalige Kampfkommandant von Aschaffenburg, Lamberth, wurde vom Schwurgericht Würzburg zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er kurz vor Kriegsende den Leutnant Friedel Heymann erhängen und einen Flieger-Ingenieur erschießen ließ. Das Gericht billigte ihm mildere Umstände zu, weil er unter dem Druck von Parteiführern gestanden hat.

## Im Streifenlicht gesehen

Streik in der amerikanischen Atomstadt  
• Oak Ridge (Tennessee). In der amerikanischen Atomstadt Oak Ridge droht durch den Ausstand von 2000 Bauarbeitern die vorübergehende Einstellung aller Bauarbeiten an den neuen Atomanlagen. Die Bauarbeiter haben die Arbeit aus Protest gegen die Beschäftigung von nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern niedergelegt. Vertreter der USA-Atomenergiekommission und der Gewerkschaften führten Besprechungen, um den Streik zu schlichten. Ausgabe neuer Banknoten und Münzen  
• Frankfurt a. M. Die Bank Deutscher Länder wird, wie man erfährt, in Kürze neue Banknoten zu 5 DM und neue Münzen zu 50 Pfennig in Umlauf setzen. Die neue 5-DM-Banknote ist durch ein Kopfwasserzeichen und durch einen in das Papier eingebetteten Metallstreifen gegen Fälschung gesichert. Die Hauptfarbe der Banknote ist grün. Die neue 50-Pfennig-Münze ist etwas kleiner als die bereits im Verkehr befindlichen 10-Pfennig-Stücke. Sie besteht aus silbergrauer Kupfer-Nickel-Legierung. Entlassungen im Hafen von Emden  
• Emden. In Emden sollen noch vor Weihnachten 100 Hafenarbeiter entlassen werden. Das ist nahezu ein Viertel der bisher noch beschäftigten Belegschaft des Hafens. Als Grund wird angegeben, daß der Hafen-

umschlag in den letzten Monaten sehr stark zurückgegangen ist. Auch für die nächsten Monate sei mit keiner wesentlichen Erhöhung zu rechnen. Selbstmord eines Elfjährigen  
• Paris. Jacques Renaud, ein elfjähriger Pariser Junge, verübte Selbstmord, indem er in seinem Schlafraum einen Gashahn öffnete. Seinen Eltern hinterließ der Junge einen Zettel mit den Worten: „Eine Ueberaschung für Euch. Ich verübe Selbstmord.“ (nach Reuters) „Strafexpedition“ eines syrischen Feudalherren  
• Damaskus. (RdKf.) Die Verweigerung des traditionellen Frondienstes während der Erntezeit durch die 2000 Einwohner des Dorfes Kharba und deren Stellungnahme zugunsten der syrischen Volkspartei nahm der Emir Hassan zum Anlaß für eine „Strafexpedition“, um diese „auführerischen Akte“ gegen seine Feudalherrschaft zu „sühnen“. Das Ergebnis der Expedition waren ein Toter und drei Verwundete, die Plünderung und Zerstörung zahlreicher Häuser sowie die Flucht von zahlreichen Dorfbewohnern aus ihren Wohnstätten. Der syrische Ministerpräsident Hachem Atassi ist am Sonntag von einer Delegation aufgefordert worden, strenge Maßnahmen gegen den Emir zu ergreifen.

Unternehmer seit dem Ja Dr. Böcklers zum Ruhrstatut sichtlich zugenommen haben. Es wird aber auch hinzugefügt, daß man angesichts derartiger Provokationen desto bereiter sei, für das Mitbestimmungsrecht und für eine gerechte Lohnerhöhung den Kampf zu führen. Gegen Böcklers Hilfsstellung für Adenauer  
Protest der Heilbronner Betriebsräte  
Heilbronn. (E. B.) „Wenn auch inzwischen wieder der Ausschluß Dr. Schumachers aufgehoben wurde, so bleibt doch das Petersberg-Abkommen mit den Hohen Kommissaren als eine große Gefahr für die deutschen Arbeiter und Angestellten bestehen“, heißt es in einer Entschleunigung, die rund 750 Betriebsräte, die über 20 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte vertreten, faßten. Die Betriebsräte des Heilbronner Industriegebietes wenden sich in ihrer Entschleunigung schärfstens gegen die Einschleusung von fremdem Kapital, womit die deutsche Wirtschaft dem ausländischen Großkapital ausgeliefert wird. Dies führe zu den härtesten Folgen für die Arbeiterschaft. Nicht nur die Erringung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts werde in Frage gestellt, sondern auch die Sozialisierung der Grundstoffindustrie für lange Zeit verhindert. Die Betriebsräte Heilbronn stellten mit aller Eindeutigkeit fest, daß das Verhalten Dr. Böcklers in der Frage der Anerkennung des Ruhrstatuts keine Billigung der Gewerkschaftler findet. Sie erwarten vom Vorstand, daß er eine klare Stellungnahme in der Angelegenheit bezieht. Böcklers Stellung stehe im Widerspruch zu den Beschlüssen des ersten Bundeskongresses in München und entspreche deshalb nicht dem Willen der 5 Millionen Mitglieder. Böcklers Schritt sei ein schwerer Schlag gegen die Haltung der beiden Arbeiterparteien im Bundesparlament. Für Kriegsverbrechen findet man immer mildere Umstände  
Würzburg. Der ehemalige Kampfkommandant von Aschaffenburg, Lamberth, wurde vom Schwurgericht Würzburg zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er kurz vor Kriegsende den Leutnant Friedel Heymann erhängen und einen Flieger-Ingenieur erschießen ließ. Das Gericht billigte ihm mildere Umstände zu, weil er unter dem Druck von Parteiführern gestanden hat.

# Die Kriegsgewinnler sollen zahlen!

### KPD fordert endgültigen Lastenausgleich zum Wohle der Werktätigen

Bonn. (SID) Die Fraktion der KPD brachte im Bundestag folgende Anträge ein:

#### Allgemeiner Lastenausgleich

Der Bundestag wolle beschließen:  
Die Bundesregierung wird beauftragt, unverzüglich einen Gesetzesentwurf über den endgültigen Lastenausgleich vorzulegen. In diesem Entwurf sind folgende Grundsätze zu verankern:

1. Flüchtlinge, Fliegergeschädigte, Währungsgeschädigte und alle anderen Kriegsgeschädigten, die infolge direkter oder indirekter Kriegseinwirkungen Schäden an ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie Schäden an selbst-erarbeiteten Eigentum erlitten haben, haben einen Rechtsanspruch auf Entschädigung.
2. Diese Entschädigung sind in einer Höhe zu gewähren, die den Geschädigten eine gesicherte Existenz und ein gesundes Wohnen gewährleistet.
3. Im Lastenausgleich werden nicht entschädigt:
  - a) nicht mehr bezahlte Lieferungen oder nicht mehr fertiggestellte Aufträge im Rahmen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft.
  - b) Demontage- und Kriegsschäden oder Rüstungs- und Kriegsindustrie.
4. Das Vermögen von Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Geltschaffenden, welches den Betrag von 10 000 D-Mark nicht übersteigt, ist von Abgaben für Zwecke des Lastenausgleichs frei. Bei der Feststellung des Vermögens wird Hausrat nicht angerechnet. Das den Betrag von 10 000 D-Mark übersteigende Vermögen wird nach dem Prinzip der progressiven Belastung erfaßt.
5. Die für den Lastenausgleich erforderlichen Mittel sind auf folgende Art zu beschaffen:
  - a) Das Vermögen der Kriegsverbrecher

und -Interessenten und großen Nutznießer des Naziregimes, der Nachkriegsspekulanten und Großschieber wird restlos enteignet und für den Lastenausgleich verwendet.

- b) Aller Großgrundbesitz über 100 ha, darüber hinaus bei Kriegsverbrechern und Nutznießern des Naziregimes der gesamte Grundbesitz wird entschädigungslos enteignet und unter die anspruchsberechtigten Flüchtlinge, Kleinbauern und Landarbeiter aufgeteilt.
- c) Vermögenszuwachs, der durch Nutznießung aus der hitlerischen Krieg-

rüstung, aus Kriegslieferungen, aus Arierungsmaßnahmen, aus der Ausplünderung der besetzten Gebiete und durch die Ausbeutung von Fremdarbeitern zustande gekommen sind, wird enteignet und für den Lastenausgleich zur Verfügung gestellt.

6. Um erhöhte Mittel für die Zwecke des Lastenausgleichs zu beschaffen, wird die Bundesregierung beauftragt, Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren mit dem Ziel aufzunehmen, daß die unerträglich hohen Besatzungskosten auf ein dem niedrigen Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung entsprechendes Niveau herabgesetzt werde."

## Bauern gegen Soforthilfeabgabe

### Groß- und Kleinbesitz nicht in der gleichen Lage

Die Bauern der Odewaldgemeinde Oberwittstadt forderten in einer Entschlie-ßung die Stundung der zweiten Rate der Soforthilfeabgabe sowie der Hälfte aller Steuern bis zum Erlaß einer Steuerreform. Desgleichen hat der Bauernverband des Kreises Tauberbischofsheim die Forderung auf Stundung sämtlicher Steuern bis zum Erlaß eines neuen Steuergesetzes erhoben. Die Soforthilfeabgabe wird in einer Reso-lution als „unter allen Umständen zu hart“ bezeichnet. Die gegenwärtige Steuer-belastung mache nicht nur eine Steigerung der Erzeugung unmöglich, sondern gefährde auch die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Soforthilfeabgabe sollte 2,8 Milliarden DM insgesamt erbringen. Nicht der zehnte Teil davon ist bis jetzt eingegangen. Die zahlungskraftigen Großunternehmer finden alle Mittel und Wege, um sich von der Abgabe zu drücken. Der Klein- und Kleinbesitz hat es dagegen schwerer. Ihm stehen die Möglichkeiten und Schliche der Großen nicht zur Verfügung. Fälle wie die

der Gemeinde Oberwittstadt erscheinen besonders hart, nachdem bekanntermaßen dort die Kartoffel- und Obsternte sehr schlecht war und einen Verdienstausfall von 70 000 DM bei den Bauern zur Folge hatte.

In den ländlichen Gemeinden liegt die Lage natürlich nicht bei allen gleich. Es gibt dort Groß- und Kleinbesitz. Daß Großgrundbesitzer auch unter den Protestierenden sind, läßt sich nicht bestreiten. Im all-gemeinen finden diese am schnellsten das Loch, durch das sie schlüpfen, um um die Abgabe herumzukommen.

Die KPD verlangt für einen Besitz bis 10 000 DM die Befreiung von der Soforthilfeabgabe. Im Württembergisch-Badischen Landtag wurde ein entsprechender Antrag der KPD durch den Finanzausschuß abgelehnt. Dieselben Politiker, denen die Bauern die Gefolgschaft leisten und die in den Protestversammlungen das große Wort führen, verhindern, daß wenigstens der Landtag und die Regierung auf die Bun-desregierung einwirken, eine sozial gerechte Regelung der Frage durchzuführen.



## Das Schicksal der Revolution wird entschieden

Am 30. November 1918 wurde der Rat der Arbeiter- und Bauernverteidigung, mit Lenin an der Spitze, geschaffen, um die gesamte Verteidigungsarbeit an der Front und im Hinterland zu leiten, die Industrie und das Verkehrswesen, sowie alle Ressourcen des Landes zu mobilisieren. Als Vertreter des Allrussischen Zentralkomitees wurde in den Rat der Verteidigung Stalin entsandt, der faktisch zum Stellvertreter Lenins wurde.

### Katastrophale Lage an der Front

Ende 1918 entstand an der Front von Perm eine katastrophale Lage. Die Koltshak-armee eilte, sich mit den ausländischen Inter-venten zu vereinigen, die vom Norden her vorstießen. Im Namen des Rates der Ver-teidigung forderte Lenin, die Front bei Perm zu festigen. Zur Abwendung der Katastrophe schlug er dem Zentralkomitee vor, Stalin und Dershinsky dorthin zu entsenden. Schnell und entschlossen brachte Stalin die Lage bei Perm wieder in Ordnung. Im Süden, vor Zari-zyn, hatte sein mächtiger Wille der Konter-revolution des Dongebietes nicht gestattet, ihre Kräfte mit der des Urals und des Wolgabiets zu vereinigen. Im Norden durchkreuzte Stalin den Versuch der Intervention, die Ver-bindung mit den Tschechen und Koltshak herzustellen. Die roten Truppen begannen, gegen Koltshak Schläge zu führen, der so-wohl im Süden wie im Norden von seinen Bundesgenossen abgeschnitten war.

Von der Ostfront zurückgekehrt, nimmt Stalin die Organisierung der Staatlichen Kon-trolle in Angriff und wird auf Vorschlag Lenins im März 1919 zum Volkskommissar der Staatlichen Kontrolle ernannt, die später zum Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisiert wurde. Volkskommissar der Arbeiter- und Bauern-inspektion bleibt Stalin bis zum April 1922. Diese Arbeit hatte größte Bedeutung für die Heranziehung der Werktätigen zur Verwal-tung des Staates.

### Petrograd in Gefahr

Im Mai 1919 marschierte General Judent-sch mit Unterstützung finnischer und est-ländischer weißer Truppen auf Petrograd mit dem Ziel, die roten Truppen von Koltshak abzuziehen. Der Vorstoß Judentisch wurde durch ein englisches Geschwader unterstützt. Im Rücken der Roten Armee wurde ein Auf-stand in den Forts „Krasnaja Gorka“ (Roter Hügel) und „Seraja Loschad“ (Grauschimmel) organisiert. Die rote Front kam ins Wanken, und der Feind drang bis dicht an Petrograd vor.

### „Feldzug der 14 Staaten“

Das Zentralkomitee entsandte Stalin, um die Abwehr der Weißen zu organisieren. Die Kommunisten strömten an die Front. Stalin besichtigte rasch die dort herrschende Rato-sigkeit, vernichtete schonungslos Feinde und Verräter. Durch einen kombinierten Stoß der Infanterie vom Lande und der Schiffe vom Meere her wurden die meutern den Forts genommen und die weißgardisti-schen Truppen zurückgeworfen. Die Be-rohung Petrograds war beseitigt. Die Pläne der Entente, Petrograd zu nehmen, waren ge-scheitert. Die Armee Judentisch wurde zer-scmettert, ihre Reste flüchteten nach Est-land. Die im ersten Feldzug geschlagene Entente internah nach der Niederwerfung der Räte

in Bayern, Ungarn, Estland und Lettland im Herbst 1919 den zweiten Feldzug, in den sie außer den weißgardistischen Truppen und ihren eigenen Abteilungen die Armeen der an Rußland grenzenden Kleinststaaten hinein-zog. Diesen Feldzug nannte der englische Kriegsminister den „Feldzug der vierzehn Staaten“.



FELIX DSERSHINSKY

ein hervorragender Führer der Arbeiterbewe-gung und enger Mitarbeiter Lenins und Stalins. Vor der Oktober-Revolution verbrachte er fast 11 Jahre in zaristischen Gefängnissen und in der Verbannung.

Große Aufgaben bewältigte Dershinsky in der Abwehr der Konter-Revolution und unerbittlich war sein Zugriff gegen alles, was dem jungen Leben der Sowjetmacht Schaden zufügen wollte. Sein früher Tod im Jahre 1936 war ein empfind-licher Verlust für das Sowjet-Volk.

Dershinskys vornehmer Geistes, sein eiserner Wille, seine grenzenlose Ergebenheit für das Volk, sein Heroismus für die Sache des Fortschritts wird für immer zukünftigen Generationen ein leuchtendes Vorbild sein.

Während die Rote Armee im Osten Kolt-shak schlug, riß Denikin das Donezbecken an sich und drang in breiter Front in die Ukraine ein. Trotzki brach in verräterischer Weise die Arbeit an der Südfont in Zerrüt-tung. Die roten Truppen erlitten Niederlagen. Denikin kamen die weißen Polen zu Hilfe, die Minsk besetzten. Judentisch er-griff vor Petrograd neuerlich die Offensive, während Koltshak sich am Tobol festzusetz-te suchte. Noch nie war der Feind der So-wjethauptstadt so nahe gekommen. Die Do-nezkapitalisten setzten sogar einen Millionen-preis für dasjenige weiße Regiment aus, das als erstes in Moskau einzieht.

(Fortsetzung folgt)

## Verwaltungsreform zur Stärkung der hohen Bürokratie?

### Abgeordneter Ruess (KPD) übt scharfe Kritik an den Vorschlägen der Regierung — KPD verweigert Regierung Blanko-Vollmacht

Stuttgart. (E.B.) Gestern stand im würt-tembergisch-badischen Landtag die von der Regierung vorgeschlagene Verwaltungs-reform zur Debatte. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurden von allen Parteien die Ausführungen des Ministerpräsidenten begrüßt und in Bausch und Bogen gebilligt. Die sozialdemokratische Partei machte in einem Zusatzantrag die Einschränkung, daß sie sich aber eine Stellungnahme zu den Einzelfragen vorbehalte.

Der Abgeordnete Ruess (KPD) führte eine scharfe Kritik an den Vorschlägen des Ministerpräsidenten. Insbesondere wandte

er sich gegen die beabsichtigte Eingliede-rung des Arbeitsministeriums in das Wirt-schaftsministerium, wodurch dessen Bedeu-tung mit voller Absicht herabgesetzt werde. Die vorgesehenen Maßnahmen der Regie-rung laufen auf eine Verstärkung der rea-ktionären Bürokratie hinaus. Er lieferte den Nachweis, daß die Koalitionsparteien, die den Arbeitsminister Kohl abgesetzt und das Arbeitsministerium monatlang ohne Mini-ster gelassen haben, eine Politik zum gro-ßen Schaden für die Arbeiterschaft betrie-ben haben, und die Auflösung des Arbeits-

ministeriums, wie sie jetzt im Zuge der Ver-waltungsreform vorgesehen sei, vorbereiteten.

Die Kommunistische Partei ist nicht ge-gen die Einschränkung der riesigen Ver-waltungsausgaben des Staates und des Ab-baus des aufgeblähten Beamtenapparates. Abgeordneter Ruess wies aber darauf hin, wie gewöhnlich dann in der Praxis ein sol-cher Abbau aussieht. An Hand des Perso-nalabbaues bei der Bundesbahn zeigte er auf, daß die Kleinen ihre Arbeitsstelle ver-lieren, während die hohe Verwaltungsbü-kratie unangestastet bleibt.

## Sie wissen, warum sie schweigen

### Ein unterschlagenes Interview — Petersberger Abkommen würde bei Volksabstimmung keine Mehrheit finden

Berlin. (Eig. Bericht.) Ein Interview, das der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Georg Dertinger, der von den westlichen Besatzungsmächten lizenzierten Deutschen Presse-Agentur (DPA) gab, wurde von dieser Agentur entgegen allen Abmachungen und Versicherungen nicht veröffentlicht. Offenbar legen ausländische Stellen Wert darauf, daß unter der Flagge „Pressefrei-heit“ in Westdeutschland nur veröffentlicht wird, was der Politik des Monopolkapitals und seinen deutschen Handlangern nicht widerspricht.

Das Interview, das jetzt von dem Berliner Parteiblatt der CDU veröffentlicht wird, ent-hält allerdings Äußerungen, die die Herren Westdeutschlands sicher nicht gerne ver-breitet haben möchten. Die Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in das weltpolitische Geschehen, so erklärt Außen-minister Dertinger in seinem Interview, ge-schieht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Mitarbeit im Lager des Friedens.

Die dann folgenden Ausführungen Dertinger dürften vor allem schuld daran sein, daß die Verbreitung des Interviews verhin-dert wurde, denn Dertinger sagte: „Die Deutsche Demokratische Republik hat selbst-verständlich den Wunsch, solche freund-schaftlichen Beziehungen auch mit den West-mächten zu unterhalten. Voraussetzung ist aber die Anerkennung unserer Regierung, die Gewährung eines Friedensvertrages mit dem Ziel: Abzug aller Besatzungstruppen. Die Abkommen, die entgegen den Potsdamer Beschlüssen und ohne Rücksicht auf die Forderungen des deutschen Volkes von den Westmächten beschlossen wurden, werden von den demokratischen Kräften Deutsch-lands niemals anerkannt werden. Das Pe-tersberger Protokoll würde, wenn man es annähme und einem gesamtdeutschen Par-lament zur Ratifizierung vorlegte, niemals eine Mehrheit finden.“

### Ost-Westhandel gefordert

#### Ein Brief an Carlo Schmid

Stuttgart. (E. B.) Die Belegschaft der Firma C. u. E. Fein, Stuttgart, wendet sich in einem offenen Brief gegen den sozial-demokratischen Vizepräsidenten des Bun-destages, Prof. Carlo Schmid, weil dieser sich in einem Presseinterview gegen das Interzonen-Handelsabkommen ausgespro-chen hat. In dem Schreiben an Carlo Schmid heißt es: „Sie vergessen, daß das, was wir denen da drüben schicken, für uns Auf-träge sind, ohne die wir unseren Arbeits-platz verlieren oder zu Kurzarbeit verur-teilt sind. Das bedeutet für uns, für unsere Frauen und Kinder kein Brot zu haben und Hunger leiden zu müssen.“

Sie vergessen, daß so wie unsere Fabrik für Elektrowerkzeuge zahlreiche Fabriken in Westdeutschland und in den hochindu-strialisierten Ländern des Westens die größten Absatzschwierigkeiten haben. Wir sind auf die aufnahmefähigen und wahren-hungrigen Märkte des Ostens angewiesen.“ Professor Carlo Schmid weiß dies natür-

lich auch sehr genau, wenn er trotzdem ge-gen die Interessen der Arbeiterschaft und des Gesamtdeutschlands handelt, dann nur, weil er sich einer westlichen Politik ver-schrieben hat, die dies will.

### Wyschinski grüßt Amerikas Volk

New York. (dpa) „Ich wünsche dem amerikanischen Volk viel Erfolg und ein glückliches neues Jahr.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich der sowjetische Außen-minister Wyschinski von den USA. Die Ar-beit der diesjährigen UNO-Vollversammlung bezeichnete er als „unbefriedigend“. Die Ablehnung des sowjetischen Vorschlages, einen Fünf-Mächte-Friedenspakt abzuschließen, sei ein schwerer Schlag gegen den Frieden. Die Sowjetunion werden ihren Kampf um den Frieden jedoch nicht aufgeben.

### Abzug der Kolonialtruppen gefordert

London. Die Erklärung des britischen Kriegsministers Shinwell, daß der Abzug der britischen Kolonialtruppen aus der Suez-Kanal-Zone nicht geplant sei, hat in Ägypten Empörung hervorgerufen. Nach Mitteli-ung des Korrespondenten der Zeitung „Manchester Guardian“ fordern in Ismailia

## Dimitroff sollte ermordet werden

### Tito-Agenten vor dem bulgarischen Volksgericht

Sofia. (nach dpa/Eig. Ber.) Gegen den ehemaligen bulgarischen Vizepräsidenten Kostoff und zehn weitere Angeklagte begann am Mittwoch vor dem Obersten Bul-garischen Volksgerichtshof ein Prozeß wegen Verschwörung gegen den Staat. Die Anklage bezeichnet die Angeklagten als des Verrats, der Zusammenarbeit mit den Westmächten sowie der Spionage und der Sabotage über-führt.

In der Anklageschrift heißt es, daß die Angeklagten Kostoff, Stefanoff, Natschew, Guebrenhoff und Duteff dem britischen Spionagedienst Auskünfte über Staatsge-heimnisse erteilten, während der Angeklagte Tzutschew dem amerikanischen Nachrichten-dienst und der Angeklagte Christoff dem jugoslawischen Spionagedienst laufend Ma-terial übermittelte habe. Alle Angeklagten bekleideten Staatsfunktionen.

Auf Grund von Besprechungen mit Tito und seinen Beauftragten hatten Kostoff und Stefanoff Pläne ausgearbeitet, die den Sturz der legalen Regierung der Bulgarischen Re-publik, ihre „Machtergreifung“ mit militä-rischer Hilfe Jugoslawiens und die Ermor-dung des damaligen Regierungschefs Dimi-troff vorsahen.

### Friedenskongreß in Amsterdam

Am 10. Dezember wird in Amsterdam der niederländische Friedenskongreß mit einer großen Kundgebung in der Diaman-tenbörse, dem größten für diesen Zweck in Amsterdam gegenwärtig zur Verfügung stehenden Saal, eröffnet werden. Als Red-ner sind angekündigt:

führnde Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zum Boykott der britischen Kolonial-truppen und der Ausrufung eines General-streiks auf.

### Bergarbeiter in USA erfolgreich

Washington. (nach dpp) Ein erster Ein-bruch in die Front der Grubenbesitzer ist den amerikanischen Bergarbeitern gelungen. Mit einer Gruppe von Grubenbesit-zern wurde vom Führer der Bergarbeiter-Gewerkschaft John Lewis ein neuer Zwei-jahres-Kontrakt abgeschlossen, der die ge-forderte Lohnerhöhung und verbesserte So-zialleistungen vorsieht.

### Deutsche Reißverschlüsse gehen in die Welt

Erfurt. (E.B.) Durch ständige Qualitäts-überwachung ihrer Erzeugnisse ist die volks-eigene Nadelfabrik in Heiligenstadt (Eichs-feld) wieder in der Lage, friedensmäßige Druckknöpfe und Reißverschlüsse herzustel-len und sie nach Westdeutschland, Däne-mark, Schweden, Polen und der Schweiz zu exportieren. Die Nadelfabrik Heiligenstadt war bereits vor dem Kriege zu 80 Prozent für den Export beschäftigt.

Emanuel d'Astier de la Vigerie, Abgeord-nete der französischen Nationalversammlung und Mitglied des Weltfriedenskomitees.

Dr. von Hatzfeld, Vorsitzender des west-deutschen Friedenskomitees. Prof. Franz de Backer, Vorsitzender des flämischen Pen-Klubs und Vizevorsitzender des bel-gischen Friedenskomitees.

Haakon Stotijn, Sekretär des niederlän-dischen Friedenskomitees und andere.

Während der Kundgebung wird ein gro-ßer Jugendfackelzug vor dem Tagungs-lokal eintreffen, als Abschluß einer Fackel-stafette, die am Samstagmittag in Rotter-dam ihren Anfang nimmt.

An dem Kongreß werden auch zahlreiche gewählte Vertreter von Arbeitern in den Be-trieben teilnehmen, wie die Zeitung „De Waarheid“ meldet.

### Kaffee-Kartell trieb Preise hoch

New York. (nach dpa) Die Erhöhung des Kaffee-preises ist auf die Umtriebe eines Kaffee-kartells zurückzuführen. Dies hat jetzt ein amerikanischer Untersuchungsaus-schuß festgestellt. Der Präsident der New Yorker Kaffee- und Zuckerbörse beschuldigt seinerseits die amerikanischen Hausfrauen. Sie sollen durch Hamstern von Kaffee die normale Verteilung durch den Handel ge-fährdet haben. Der Präsident vergißt je-doch hinzuzufügen, daß durch eine vom Kaffeekartell gestartete Pressekampagne, die von einer Kaffeemisernte berichtete, erst die Voraussetzungen zu einer derartigen Hamsterpsychose erzeugt worden sind.

## Pressestimmen

### Unersättlicher US-Imperialismus

Mit geringfügigen Unterschieden befin-den sich alle Länder Westeuropas in der gleichen Zwangslage wie England. Alle sind sich der Tatsache bewußt, daß ein Abhänge-lichkeitsverhältnis von Amerika auf die Dauer unvermeidlich ist. Wie die anderen europäi-schen Länder sah Großbritannien zunächst in einer europäischen Föderation die erste Möglichkeit, die Gegenforderungen Amerikas hinhalten oder überbrücken zu können. Es spielte daher zunächst im Aufbau der europäischen Institutionen eine hervor-ragende Rolle.

Die jetzt in der britischen Außenpolitik erkennliche Tendenz zur Isolierung von Europa hat ihren Ursprung in der Erwä-gung einer nur-angloamerikanischen Partners-chaft als Alternative zur Vereinigung Großbri-tanniens mit seinen kontinentalen Nachbarn... Die Kosten der Geburtswehen eines Ver-einigten Europa sind für den amerikanischen Steuerzahler erheblich höher als die einer Fusion des Britischen Commonwealth mit den USA.

### Besatzungsmacht teurer als Regierung

In Schleswig-Holstein sind zur Zeit rund 25 100 öffentliche Bedienstete in der Lan-desverwaltung tätig, darunter 14 500 plan-mäßige Beamte, von denen wiederum 9300 (gleich 64 Prozent Lehrer sind)...

Auch wenn die 5400 Angehörigen der Po-lizei hinzugerechnet werden, so liegt die Ge-samtzahl von 30 500 Menschen, die im Dienste der schleswig-holsteinischen Landesverwal-tung stehen, noch erheblich unter der Zahl der Bediensteten der Besatzungsmacht, die

### Marseille-Dockarbeiter gegen Ueberstunden

x) Die Marseiller Dockarbeiter beschlo-sen, um ihre Lohnforderungen durchzudrük-ken, vgorerst nur die in der Tagesnorm vor-gesehenen Arbeiten zu verrichten. Sie wol-len 16 Tage lang keine Ueberstunden-, Sonn-tags- oder Akkordarbeit leisten.

sich zwar im Laufe der letzten Jahre um 900 verminderte, aber auch heute noch rund 36 000 beträgt. Angesichts dieser hohen Zahl von Beschäftigten, die zu Lasten der deut-schen Verwaltung besoldet werden, kann es nicht überraschen, daß 40 Proz. der schles-wig-holsteinischen Steuerentnahmen allein für die Bestreitung der Besatzungskosten in diesem Lande in Anspruch genommen werden.

### McArthur für anti-kommunistische Kampagne

Der republikanische Senator, William Knowland forderte die Ernennung des General McArthur als Hohen Kommissar der USA in Asien, um ein Programm der Regie-rung zu leiten, das die Ausbreitung des Kommunismus aufhalten soll.

Er erklärte, die militärische Stärke der US in Asien müßte verstärkt und die Waffen-lieferung an die National-Regierung Tschiangkaischeks fortgesetzt werden. Eine Luft- und Seeblockade der Küste des kom-munistischen Chinas sollten die US begin-nen, so daß kein Schiff irgendeiner Nation hineingelangen könne, um das Banditen-regime mit Lebensmitteln zu versorgen.

Er glaubte, daß General McArthur den Auftrag annehme, weil er ein guter Soldat sei, und bereit ist, jede Aufgabe zu überneh-men, die ihm die Regierung aufträgt.

„New York Herald Tribune“

### Streiks in Athen

24stündige Proteststreiks werden gegen-wärtig in Athen und anderen Orten Grie-chenlands durchgeführt, um die Regierung zu zwingen, ihr Angebot zur Erhöhung der Tariflöhne um 25 v. H. zu verbessern.

Außer den kurzen Proteststreiks werden gegenwärtig längere Aktionen der Volks-schullehrer und der Angestellten der Sozial-versicherungsanstalten durchgeführt. Die letzteren protestierten gegen die Ernennung eines Amerikaners, Mr. Powell, durch die Regierung zum Leiter des griechischen So-zialversicherungswesens mit Vollmachten, dieses vollständig umzugestalten.

„The Times“, London

MANNHEIM

„Berichterstattung“

Eintrüchtigt sitzen im Gerichtssaal oder im Forum der Gemeindepolitik...

Da stand zum Beispiel einmal ein Hochstapler vor Gericht, der „Oberst der amerikanischen Luftwaffe, Freiherr von Holtenow“...

Ein andermal war eine Pressekonferenz beim Oberstaatsanwalt, den Postraub betreffend...

Mit der Berichterstattung über kommunalpolitische Angelegenheiten verhält es sich nicht anders...

Spaltenlange Ergüsse voll bürgerlicher Moralphilosophie über einen kleinen Apfeldieb...

Ludwigshafen. Der Wasserstand des Rheines in Ludwigshafen betrug am Dienstag 139 cm...

Jugendrat verlangt höhere Lehrlingsvergütung

Bedeutsame Anträge der Mannheimer Jugendorganisationen zur Behebung wirtschaftlicher Not

Am Mittwochabend befaßte sich der Mannheimer Jugendrat mit wichtigen Anträgen der einzelnen Organisationen...

Die Gleichzeitigkeit in der Vorlage der Anträge seitens mehrerer Organisationen kann wohl als Gradmesser dafür gewertet werden...

Entschließung:

„Durch die Verordnung Nr. 1056 der Wttbg.-Bad. Regierung wurden die Erziehungsbeihilfesätze neu festgelegt...“

- 1. Ein Lehrling im 3. Lehrjahr, der seine Ausbildung vor Vollendung des 16. Lebensjahres in einem Handwerksbetrieb begonnen hat...

bleiben: DM 44.— Nach der alten Verordnung erhält der gleiche Lehrling DM 45.—

- 2. Ein Lehrling im dritten Lehrjahr, der seine Ausbildung nach dem 18., aber vor dem 21. Lebensjahr begonnen hat...

bleiben: DM 56.— Nach den alten Sätzen erhält der gleiche Lehrling DM 60.—

Nicht genug, daß die gesundheitliche Lage der Jugend durch die verstärkte Ausbeutung der Jugend in den Kriegsjahren gefährdet ist...

in der Lage zu sein, die notwendigen Lehrlingsvergütungen zu zahlen...

Es ist geradezu eine Verhöhnung der Not der arbeitenden Jugend, wenn man sie auf eine solche Art und Weise abspeisen will.

Der Mannheimer Jugendrat wendet sich gegen die Angriffe auf die Lebenslage der schaffenden Jugend und fordert von den zuständigen Stellen...

Die Entschließung fand die volle Unterstützung der Falken und der Gewerkschaftsjugend...

Heimkehrer werden deutlich

Scharfe Kritik an Mannheimer Behörden

„Wir Heimkehrer erleben eine Enttäuschung nach der anderen. Wir sind wohl nicht gerne gesehen in Deutschland...“

Wir haben diese vorstehenden, recht deutlichen Worte aus den Debatten in der Mannheimer Heimkehrer-Versammlung...

Als zweiter Redner des Abends unterzog Heimkehrer Sailer, der noch vor kurzer Zeit in russischer Kriegsgefangenschaft war...

Die Vertreter der katholischen Jugend waren auch nicht mit der Abhaltung einer Protestversammlung der Mannheimer Jugend einverstanden...

Die Forderungen der Jugend richtig formulierende Anträge stellten auch die Vertreter der Falken und der Gewerkschaftsjugend...

Die Heimkehrer wären schwer enttäuscht worden. Nach den schönen Begrüßungen gäbe es überall Schwierigkeiten...

Heimkehrer werden deutlich

Scharfe Kritik an Mannheimer Behörden

Die Heimkehrer wären schwer enttäuscht worden. Nach den schönen Begrüßungen gäbe es überall Schwierigkeiten...

Der Polizeibericht meldet: Schwere Vergiftung durch Fleischbrühe? Nach Mitteilung des Städtischen Krankenhauses wurden dort drei Personen...

Der Gummimensch ein schwerer Junge! Der „Gummimensch“, der sich vor einigen Tagen im Gebäude des Amtes für öffentliche Ordnung vom vierten in das erste Stockwerk hinunterstürzte...

Ausländische Sozialisten kritisieren

SPD-Führung gegen Mehrheitswillen der Mitglieder

Drei junge ausländische Sozialdemokraten sprachen am Mittwochabend in kurzen Referaten in der Aula der Wirtschaftshochschule in Mannheim...

Als zweiter sprach ein junger Sozialdemokrat aus Schweden, welcher hauptsächlich über das Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen in Schweden referierte...

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

Ich bin arbeitslos Es ist noch garnicht so lange her, da stand ich vor einem der vielen, vielversprechenden und marktschreierisch-bunten Wahlplakate der CDU-CSU.

„Wir können nicht zaubern“, stand da, „aber arbeiten!“ stand darunter.

„Wohl eine Antwort?“ fragte ich. „Tja“, sagte er — „aber arbeiten, — könnte ich auch, wenn ich hätte.“

Wir gingen zu zweit weiter, denn wir hatten beide Zeit, ich hatte Feierabend und er nichts zu tun. — Nichts zu tun! — Dabei war er Bauingenieur; Nazi? Nein, war er nicht, hatte zwar dran geglaubt und dann fast dran-glauben-müssen — draußen — Jetzt saß er auf der Straße.

„Kein Geld zum Bauen da“, hatte man ihm gesagt. „Wenn ich nichts glaube, aber das glaube ich!“ meinte er. „In Frankfurt und Bonn bauen sie, als ob es um die Weltmeisterschaft im Repräsentativbau-Sport ginge, da kann ja für den Wohnungsbau nichts übrig bleiben...“

„Haben Sie eine Zigarette über? — danke —! Hoffentlich haben Sie das noch recht lange, denn wenn man mal arbeitslos ist, dann kann man sich solchen „Luxus“ nicht mehr leisten...“

Eine neue Konsum-Verteilungsstelle

In der belebtesten Straße Mannheims, am Marktplatz, in R 1, eröffnet die Konsumgenossenschaft Mannheim am Samstag...



Der Weihnachtsverkauf in unserem Hause ist in vollem Gange und es wird höchste Zeit, die noch fehlenden Geschenke auszuwählen...

Silberner Goldener Sonntag, 11. Dez. Sonntag, 18. Dez. von 14 bis 18 Uhr geöffnet



Billig! Billig! Billig! Küchen-Büfets 175.— 185.— 195.— 215.— 225.— 245.— 255.— 275.— 295.— 305.— 325.— 345.— 365.— 385.— 395.— HCH. BAUMANN & CO. Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

Fachgeschäft für Stahlwaren AUGUST WAGNER Kunst-Messerschmiede Weinheim (Bergstr.)

Einladung!

zur Versammlung für alle Mannheimer Arbeitnehmer der Spengler- und Installateur-Betriebe am Samstag, den 10. Dezember 1949, abends 18 Uhr...

- Tagesordnung: 1. Bericht über Tarifverhandlungen. Referent: Kollege van Cleef. 2. Unsere Aufgaben. Referent: Kollege Morschheuser.

Der Versammlungsbesuch ist unverbindlich. Wir ersuchen deshalb auch die uns noch fernstehenden Kollegen um Beteiligung.

Industriegewerkschaft Metall Ortsverwaltung Mannheim

Nun wieder ZEUMER das große Hut- und Pelzhaus wie seit 1886 in der Breiten Straße Neuanfertigungen H 1, 6-7 Umänderungen

Unsere neue Lebensmittel Verteilungsstelle R 1,1 Marktplatz wird am Samstag, den 12. Dezember, 12.00 Uhr eröffnet

Wir führen Lebensmittel aller Art, Feinkost, Back- und Konditoreiwaren sowie Fleisch- und Wurstwaren aus eigener Erzeugung, Weine und Spirituosen. Für Mitglieder auf alle Waren Rückvergütung — Verkauf an jedermann

KONSUM GENOSSENSCHAFT Mannheim e. G. m. b. H.

Beim Einkauf die preiswerten Erzeugnisse verlangen!

KARLSRUHE

CDU-Fraktion will Landesverfassung vergewaltigen

HEIDELBERG

Der Polizeibericht meldet:

Karlsruhe. In einem Taxi-Unternehmen ging ein 18jähriger Hilfstankwart nach Arbeits-schluß in den Büroraum zurück, um dort seine liegende Pfeife zu holen. Hierdurch wurde ein Dieb überrascht, der sich inzwischen in das Büro eingeschlichen hatte. Er versetzte dem jungen Mann einen Stich in die Brust, durch den dieser bewußtlos wurde, raubte aus der Tankstellenkasse etwa 150 DM und konnte unerkannt entkommen.

Auf der Kriegsstraße fuhr ein Lastkraftwagen auf einen vor ihm nach links zur Adlerstraße einbiegenden Lieferwagen hinten seitlich auf, so daß dieser umkippte. Hierbei erlitt dessen Kraftfahrer eine Gehirnerschütterung, während sein Fahrzeug beschädigt wurde.

In der Nacht stiegen Diebe durch ein Fenster in das neue Schulhaus von Auo ein, erbrachen dort die Lehrerpulte, durchstöberten den Inhalt und entwendeten aus einem der Pulte einen Geldbetrag von etwa 35 DM.

Auf den Bahngleisen zwischen Durlach und Grötzingen wurde eine männliche Leiche gefunden, die von einem Zug überfahren war. Die Ermittlungen haben ergeben, daß zweifellos Selbsttötung vorliegt, die wegen zerrütteter Familienverhältnisse begangen war.

In der Veilchenstraße wurde ein 13jähriger Knabe von mehreren als Nikolaus verkleidete Jungen so geschlagen, daß er mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Feuerwehr-Museum im Bruchsaler Schloß Karlsruhe (lwb). Im Bruchsaler Schloß soll nach dessen Wiederherstellung ein Feuerwehrmuseum eingerichtet werden. Das Museum soll die chronologische Entwicklung des Feuerlöschwesens von seinen Anfängen bis zur heutigen Zeit zeigen.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe Sitzung der Pol- und Org.-Leiter der Stadtteile. Am Montag, den 12. 12. 49, um 18 Uhr, im Parteibüro.

Aus Berghausen

Der Gemeinderat nahm den Kassenbericht für den Monat November, den Rechnungsab-schluß über die diesjährige Kelterbenützung, sowie den Monatsarbeitsbericht des Weg-warts entgegen. Ein Bericht des Rechtsan-waltes Ruzek über den Konkursstand der Firma Bache u. Dammert wurde zur Kenntnis genommen.

Die Fa. Walz und Dehm, Elektro-, Radio- und Eisenwarengroßhandel, feierte vergan-gene Woche Richtfest anlässlich der Erste-lung ihrer neuen Lagerhalle mit Büroräumen in der Rappenbergstraße.

Die Schiedsrichter-Obmänner Nordbadens tagten am Samstagnachmittag im neuen Clubhaus des FC Berghausen. Bürgermei-ster Wagner begrüßte die aus ganz Nord-baden erschienenen Schiedsrichter und wünschte ihrer Tagung guten Erfolg.

Erhöhung der Arbeitslosenzahl wird befürchtet

Pforzheim (lwb). Für Dezember wird in Pforzheim mit einer erhöhten Arbeitslosenzahl gerechnet. Wie der Sachbearbeiter der Abteilung Arbeitsvermittlung mitteilte, ist dies darauf zurückzuführen, daß die Pforz-heimer Schmuckwaren-Industrie in verschie-denen Fällen bereits vor Weihnachten vor-sorglich Kündigungen ausgesprochen habe. Im Augenblick florieren nur noch das Uhren-geschäft. Innerhalb der Schmuckwarenbran-che sei der Hauptstoß des Weihnachtsgeschäfts bereits abgeschlossen.

Während die KPD ihre Befehle vom Kremel empfangen, erhalten die Streiter der CDU ihre Anweisungen direkt von „oben“, stellte ein-mal Herr Bergötz, seines Zeichens Stadtrat besagter christlicher Partei in Karlsruhe, fest. So schien er auch in der letzten Sitzung des Stadtrates, wenn nicht unmittelbar vom Ueber-irrdischen, so doch von einer entsprechenden irdischen Instanz erleuchtet gewesen zu sein, als er in die Debatte um die sogenannten über-gesetzlichen Mehrstellen für Volksschullehrer ein-griff.

Um der Notlage unserer Volksschulen, teil-weise durch einen spürbaren Lehrermangel bedingt, einigermaßen zu steuern, hatte die Stadt-verwaltung eine Vorlage ausgearbeitet, die — wie das in anderen Städten bereits realisiert wurde — die Schaffung von 25 zusätzlichen Lehrerstellen vorsah. Stadtrat Dietz KPD begrüßte diese Vorlage, wies aber darauf hin, daß, um dieses Problem restlos zu lösen, es unbedingt größerer Subventionen für die Volks-schulen bedürfe. Auch die Sprecherin der SPD vertrat die gleiche Ansicht.

Die Sorge des Herrn Bergötz galt dem-gegenüber vor allen Dingen dem Seelenheil der Schüler. Er klagte darüber, daß viele Lehr-er einfach nicht in der Lage seien, einen fruchtbaren Religionsunterricht zu erteilen. Deshalb seien die Kirchen vielfach gezwun-gen, sich selbst um den Religionsunterricht zu kümmern, wodurch diesen ein Unkosten-betrag von etwa 131000 DM erwüchse.

Da nun den Kirchen diese finanzielle Be-lastung nicht zugemutet werden könne, for-derte er, daß die fraglichen Stellen nur an solche Lehrer vergeben werden, welche die nötige „religiöse Bildung“ nachweisen können. — Vielleicht werden sich die Kandidaten vor einer Bergötzschen Untersuchungskommission erst einer Seelenprüfung unterziehen müssen.

Stadtrat Dietz erklärte daraufhin, daß seine Fraktion mit allen Mitteln die in unserer Ver-fassung verankerte Gewissensfreiheit gegen-über derartigen Manipulationen verteidigen wird. Bei der Abstimmung wurde die Vorlage mit überwältigender Mehrheit angenommen.

In den Betten 160 Kranke erschossen Der zweite Verhandlungstag gegen die Bestie des Minsker Ghettos

Dieser Tag beginnt mit den Zeugenver-nehmungen der Ueberlebenden des ehemaligen Judenghettos in Minsk. Nach den Angaben des 26jährigen Heinz Mendel, der Mitte No-vember 1941 in Bremen verhaftet und mit 1000 anderen jüdischen Frauen, Kindern und Männern nach Minsk verfrachtet wurde, tra-fen in jenen ersten Dezembertagen 1941 rund neun Transporte mit je 1000 deutschen und österreichischen Juden ein. Die erste Arbeit bestand in der Säuberung des Ghettos von den Leichen der vorangegangenen Massen-tötungen. Zu dieser Zeit war der Angeklagte nachweisbar noch in Karlsruhe.

Der alltägliche Massenmord Mendel berichtet, daß nach seiner Ankunft die ersten systematischen Massentötungen bei russischen Juden durchgeführt wurden. Drei Tage lang war das russische Ghetto abgesperrt und Tausende wurden mit Maschinengeweh-ren, Maschinenpistolen und Handgranaten kaltblütig hingerichtet und anschließend durch SS ausgeplündert. Im deutschen Lager begann eine ähnliche Aktion am 25. Juli 1942. 3000 deutsche Juden fanden den Gastod, dar-unter auch die Eltern des Zeugen. Als der Vor-sitzende besonders Einzelheiten wissen will, erklärt Mendel: „Solche Mordszenen und der Anblick der Toten waren für uns zur gewöh-nlichen Erscheinung geworden. Diesen Dingen maßten wir keine Bedeutung mehr bei, denn wir alle fühlten uns als Todeskandidaten.“

Rübes erste Verbrechen Nach Mendel's Aussage wurde Rübe Ende 1942 als unbeschrankter Beherrscher im Ghetto eingesetzt. Beim Appell wurde ihnen Rübe als SS-Hauptscharführer vorgestellt, dessen Befehle unbedingt nachzukommen sei. Der Zeuge sah selbst, wie ein von R. abgeholt-jüdischer Lagerältester auf dem jüdischen Friedhof von Angeklagten vor einem offenen Grab mit einer Pistole niedergeschossen wurde. Bei dieser präzisen Darstellung des Zeugen wird Rübe sichtlich nervös, leugnet aber auf eine entsprechende Frage von Landgerichts-direktor Ernst, irgend etwas damit zu tun ge-habt zu haben.

Ein Lebender unter 19 Leichen Die Baracke des Zeugen grenzte unmittel-bar an den Friedhof. Eines Tages hielt ein Lastwagen vor seinem Fenster. Auf Befehl Rübes rissen lettische SS-Leute hintereinander 19 Leichen jüdischer Menschen aus dem Last-wagen. Der Zwanzigste lebte noch und ver-suchte sich aufzurichten. Rübe gab einem SS-Mann einen Wink, den Todwunden „fertig“

zu machen, was prompt erfolgte. Anschließend plünderten die Henker die Leichen.

Rübes Spezialität: Frauen- und Mädchen-erschließung

Der grausame Sadismus des Angeklagten tobte sich besonders bei persönlichen Erschie-ßungen von Mädchen und Frauen aus. Zwei im Verpflegungsamt beschäftigte Mädchen von etwa 20 Jahren sollten einige Lebensmittel ge-stohlen haben. Rübe ließ als oberster Richter des Judenghettos die ganze Arbeitsgruppe von 14 jungen Frauen auf den Friedhof führen, völlig entkleiden und eine nach der anderen erhielt von Rübe den Genickschuß. Mendel hat diese grausame Tat erfahren, als er abends von der Arbeit ins Lager zurückkehrte. Auch hier wieder leugnet der Angeklagte den Vor-fall und wirft dem Zeugen haßerfüllte Blicke zu, so als wollte er sagen: Wenn ich es noch einmal zu tun hätte, blieb kein Zeuge mehr übrig.

Acht Tage in einer Zelle mit 60 cm Wasser

Bei einem Ehepaar wurde eine Brosche ge-funden. Die beiden, die in der Minsker Oper, dem Sammellager der den vernichteten Juden abgenommenen Wertgegenstände, arbeiteten, fanden hier das Schmuckstück in einen Rock

Neues aus der Welt des Films

„Rom in Flammen“

Große Katastrophen in der Geschichte der Menschheit seien Vergeltung Gottes für die moralische Verderbtheit der Menschen. behauptet der italienische Film „Apokalypse“ oder „Rom in Flammen“. Der Untergang Roms, herbeigeführt durch seine bacchantischen Auswüchse, der zweite Weltkrieg als Folge von individueller Habgier und Genuß-sucht sollen die Visionen von Johannes dem Täufer illustrieren. Anschließend wird das nochmalige Wüten der vier apokalyptischen Reiter angedroht, falls die schon wieder wachsende Gier und Genußsucht — dargestellt als erotische Tanzorgien von Jazzmusik be-gleitet — nicht aufhöre.

Wie durch die Bußprediger des Mittelalters soll das Publikum in eine Verzweiflungs-psychose versetzt werden. Die Mittel, mit denen der Regisseur dieser moralinsauren Tendenz Ausdruck verleiht, sind vielfach geschmacklose Massenszenen. Der Pathos ist oft so plump und die Effekthascherei so billig, daß allerdings die beabsichtigte Wirkung aus-bleibt. — Für uns ist wesentlich, daß der

Eingangs der Sitzung wurde die Beratung über die Geschäftsordnung des Stadtrats ab-geschlossen, und diese gegen die Stimmen der KPD-Fraktion angenommen. Ein vorher von dieser eingebrachter Antrag, wonach die Pfler-ger der städtischen Altersheime zweimal im Jahr Berichte über die allgemeine Situation der Heime abgeben sollen, wurde mit Mehrheit abgelehnt. Stadträtin Walch CDU meinte, daß dies völlig überflüssig sei, da die Insassen sehr gut leben würden!!

Im weiteren Verlauf der Beratungen be-schloß das Kollegium die Konstituierung eines Polizeiausschusses, in welchem das Budget der Polizei vorberaten werden soll. Auf einen noch unbestimmten Zeitpunkt nach Weihnach-ten, stellte der Oberbürgermeister eine Gene-raldebatte über das Staatstheater in Aussicht. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung, Auf-bau der Kaiserstraße, war bereits vorher ver-tagt worden. Nach einigen Blitzabstimmungen über Grundstückserwerbungen bzw. -verkäufe tagte der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung weiter.

Fahrerflucht nach Unfall

Heidelberg. Ein hier wohnhafter 57jähri-ger Heizer wurde in der Römerstraße, durch die er am 5. Dezember abends mit seinem Fahrrad fuhr, von einem Kraftwagen ange-fahren und zu Boden geworfen. Mit Prellun-gen und Quetschungen der Rippen mußte er in die Chirurgische Klinik eingeliefert wer-den. Der Fahrer des Personautos fuhr da-von, ohne sich um den Verletzten zu küm-mern. Es ist noch nicht ermittelt, ob es sich um ein deutsches oder amerikanisches Fahr-zeug handelt.

Das Fahrrad des Verletzten befand sich in ordnungsgemäßen Zustand, was bei vielen Unfällen der letzten Zeit nicht immer fest-zustellen war, und wodurch sich sogar töd-liche Unfälle ergaben. Es muß unbedingt darauf geachtet werden, daß sich die Fahr-räder in einem verkehrsmäßigen Zustand befinden. Aus diesem Grund wird die Poli-zei der Ausrüstung der Fahrräder erhöhte Aufmerksamkeit schenken. St. Pr.

An alle Betriebsrätinnen!

Heidelberg. Die Arbeiterwohlfahrt Heidel-berg lädt alle Betriebsrätinnen zu einer Füh-rung mit Basar und gemeinsamem Kaffee-trinken (Kaffee frei, Kuchen gegen Bezah-lung) durch die Nähstubenausstellung „Aus Alt mach Neu“ am Sonntag, den 11. Dezem-ber, um 15 Uhr, in der Gaisbergstraße 40 herzlichst ein.

Heimkehrer kommen zusammen

Ziegelhausen. Der Heidelberger Heimkeh-rerausschuß hat wie in anderen Gemeinden des Landkreises nun auch in Ziegelhausen die Heimkehrer aufgerufen, einen Heimkeh-rerausschuß zu gründen. Die Gründungsver-sammlung findet heute abend um 20 Uhr im Gasthaus „Steinbacher Tal“ statt, zu der alle Heimkehrer sowie Freunde und Gönner ein-geladen sind.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Heidelberg-Handschuhsheim. Heute abend um 20 Uhr im Lokal „Pfalz“ Mitglieder-versammlung.

Protest gegen Böckler

Neckargemünd. Auf einer Versammlung des Gewerkschaftsbundes, Ortskartell Nek-kargemünd, wurde von seiten der Mitglied-schaft gegen das Verhalten Dr. Böcklers scharf protestiert. Dabei wurde zum Aus-druck gebracht, daß er mit seiner Erklärung gegenüber Dr. Adenauer gegen die Inter-essen aller Gewerkschaftler verstoßen habe, die deshalb zu ihm als Gewerkschaftsführer kein Vertrauen mehr haben könnten.

Große Wohnungssorgen

Neckargemünd. Laut einer Statistik der Stadtverwaltung haben in Neckargemünd 206 Familien mit 665 Personen keine eigene Wohnung oder leben in katastrophalen Un-terkünften. In gewerblichen Räumen woh-nen nicht weniger als 19 Familien mit 67 Personen und in der Landwirtschaftsschule sind 7 Familien mit 39 Köpfen untergebracht, die aber in Bälde ihre bisherigen Un-terkünfte räumen müssen, da die Räume wie-der zu Unterrichtszwecken benötigt werden. Ihre Unterbringung ist für die Stadtverwal-tung ein äußerst schwieriges Problem.

Von Besatzungsangehörigen niedergeschlagen

Göppingen (lwb). In der Nacht zum Mon-tag wurde ein 20jähriger junger Mann in Göppingen von zwei amerikanischen Besat-zungsangehörigen angehalten und ohne Grund so lange geschlagen, bis er zusam-menbrach. Die Soldaten fuhren nach der Tat in einem Taxi davon.

Affaire



ROMAN VON R. A. STEMLLE

Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin

28. Fortsetzung

Nun, Dr. Blum? Guten Morgen! Wie fühlen Sie sich? Bitte, behalten Sie Platz!“ Dr. Blum setzte sich auf das herunter-geklappte Bett. Diese Freundlichkeit? Sollte es dämmern? Kommt er, um ihm zu sagen, daß sich das Dunkel um ihn lichte? Daß er bald frei sein werde? Er schüttelte die schwere Schlaftrunkenheit ab, rieb sich die Augen und blickte den Richter erwartungsvoll an.

„Dr. Blum, wir wissen jetzt den wahren Hergang der Tat.“ „Ja?“ Das Mitschwingen keimender, hoffnungsvoller Seligkeit in diesem „Ja“ hätte Konrad aufhorchen lassen müssen, hätte ihn erkennen lassen müssen, daß der gesamte künstliche Wortbau Gablers dieses mit rührender Zuversicht hingehauchte „Ja?“ zusammenbricht. Konrad horchte nicht auf, er erkannte nichts. In knappen Sätzen schleuderte er Blum den neuen Tatbestand ins Gesicht und beobachtete die Wirkung. Die war allerdings stark. Blum bebte, rang nach Atem, leckte die trockenen Lippen und starrte auf Konrad, als sei er eine Traumgestalt.

„Das Verfahren wegen Mordes wird nun gegen Sie eröffnet werden, Dr. Blum. Es ist besser, Sie legen jetzt ein Geständnis ab, als später vor Gericht.“ Das war kein Traum. Dr. Blum fuhr sich mit beiden Händen übers Gesicht, als ob er sich wüsche: „Warum in aller Welt soll ich diesen Menschen umgebracht haben? Wo ist das Motiv? Ihr ganzer Verdacht gründet sich

auf eine angebliche Steuerhinterziehung. Aber die Steuer hat kein belastendes Material gefunden.“

„Der Ermordete hat vielleicht von anderen Vergehen Kenntnis gehabt, die aus den Büchern nicht ersichtlich sind.“

„Sie erfinden also ein neues Verbrechen, damit Sie auf jeden Fall ein Motiv haben.“

„Sie vergessen, Herr Dr. Blum, daß ein umfassendes Geständnis Ihres Mitschuldigen vorliegt. In diesem Augenblick wird man das Opfer finden. Ich bin sicher, daß Gablers Angaben stimmen. Es ist ein Ge-ständnis, das ihn selber belastet und ins Gefängnis bringt.“

Blum sprang auf: „Nicht der Wahrheit wegen hat er dieses Geständnis gemacht, sondern um seinen Kopf zu retten. Er wählte das kleinere Uebel.“

Konrad nickte: „Sie sind ein geschickter Dialektiker. Dieser Dreh ist typisch.“

„Hier wird nicht nachgeforscht, wer ist der Täter? Hier wird immer nur gefragt, warum ich es getan haben könnte. Das Wort eines anständigen Menschen hat kein Gewicht mehr. Aber die Phantasien eines windigen Subjektes werden bereitwillig geglaubt. Weil man wünscht, daß ich der Täter bin. Weil man voreingenommen ist.“

Konrad stand auf und gab das Zeichen zum Öffnen der Zelle. „Ich wollte Ihnen Gelegenheit geben, Ihre Lage durch ein Geständnis zu ver-bessern. Sie wollen nicht. Schade!“

Schlüsselklirren. Der Wärter schloß auf.

Da versperrte Dr. Blum ihm den Weg. Er hatte sich in vielen Stunden etwas zurecht-gelegt; er hatte versucht, Logik in diesen Wirrwarr zu bringen. Er hatte Formu-lierungen gefunden, die den Grund auf-zugeben mußten, so glaubte er. Er war noch nicht bis zur kristallklaren, letzten Durch-sichtigkeit vorgedrungen. Er ermüdete zu schnell, wenn er die Sätze laut in der Zelle vor einem eingebildeten Konzilium sprach. Es war falsch, jetzt schon damit zu kom-men. Aber er konnte nicht an sich halten.

Er sprudelte los:

„Herr Landgerichtsrat! Bitte, hören Sie mich an! Sie sind ein Mensch. Sie denken wie ein Mensch. Sie können sich auch wie ein Mensch irren. Das ist verständlich. Aber wenn Sie dann Ihren Irrtum nicht nicht einsehen wollen, weil Sie durch irgend etwas voreingenommen sind, dann ist das fürchtbar für mich. Ich spüre da als un-schuldig Angeklagter eine große Gefahr. Ich spüre sie Tag und Nacht. Ein Mensch ist getötet worden. Sie wollen eine Erklä-rung der Tat, und mich, weil Sie mich un-mstößlich für den Täter halten, mich wollen Sie verurteilen. Sie nehmen aber die Wahrscheinlichkeit aller Ihrer Beweise für Gewißheit. Weil Sie eine Antwort auf Ihr „Warum?“ haben wollen. Dabei verwech-seln Sie Möglichkeit mit Wahrscheinlich-keit. Zwischen Möglichkeit und Wahr-scheinlichkeit ist aber ein großer Unter-schied.“

Der Wärter rasselte ungeduldig mit dem Schlüsselbund. Konrad wollte gehen. Blum wurde eindringlicher:

„Das richtige Erfassen des reinen Be-griffes ‚Möglichkeit‘ ohne ein Vorzeichen ‚wahrscheinlich‘ oder ‚unwahrscheinlich‘ ist sehr schwer. Den meisten Menschen ist es überhaupt unmöglich. Weil jeder durch Weltanschauung, Erziehung und Umge-bung beeinflusst ist. In der Wissenschaft kommen solche Verwechslungen oft vor.“

Landgerichtsrat Konrad hob unwillig die Hand. Dr. Blum merkte, daß seine Worte abprallten. Darum sagte er noch:

„Bitte, fragen Sie nicht mehr „Warum?“. Ich flehe Sie an. Fragen Sie noch einmal von neuem: Wer?“

Konrad schritt zur Tür. „Vielleicht entwickeln Sie Ihre Theorien dem Herrn Staatsanwalt, wenn Sie vor Ihren Richtern stehen. Vielleicht ist er dankbar, von Ihnen belehrt zu werden.“

Er ging und die Zellentür wurde abge-schlossen. Dr. Blum blieb stehen. Auch als das Licht ausgeschaltet wurde, blieb er stehen.

Er blieb stehen bis zum Wecken. Un-beweglich.

„Klopfen Sie ruhig noch mal! sagte Krimi-nalkommissar Bonte zu der Wirt-schafterin.

Sie pochte behutsam an die Schlafzim-mertür des Präsidenten.

Nichts rührte sich. „Noch mal!“

Nichts. Jetzt klopfte Bonte. Scharf und hart mit dem Knöchel vom Zeigefinger. Dreimal.

„Was'n los?“ „Bonte.“

„Kommen Sie rein.“ Wilschinsky knipste die Nachttischlampe an und zieht seinen Morgenrock über. Es ist noch nicht sechs.

„Ich denke, Sie sind in Düsseldorf?“ „War, Herr Präsident. Ich war in Düs-seldorf. Guten Morgen!“ „Morgen.“

„Ich komme aus Helgendorf. Bin mit dem ersten Zug gekommen.“

„Und? Was gibt's?“ „Ich hab' die Leiche gefunden.“

„Wo?“ „Bei Gabler im Keller.“

Wilschinsky sitzt auf der Bettkante. Er sieht den Kriminalkommissar an. Der steht bescheiden da, hält sein grünes Hüt-chen hin, als bitte er um eine kleine Gabe. „Mensch! Bonte!! Großartig.“

Er ist sofort hellwach. „Erzählen Sie.“

Und Bonte erzählt. Es sind etwa zehn Sätze. Er habe das und das gemacht, und dann habe er gedacht „Aha“, und dann sei er runter — und richtig, da habe er ihn ge-funden. Aber er habe ihn vorläufig erst mal nicht ausgebudelt. Er wollte es erst mal dem Präsidenten sagen. Persönlich. Denn einen amtlichen Bericht könne er ja eigentlich gar nicht machen. Er habe den Toten sozusagen bloß privat gefunden.

„Das mach' ich. Das laß ich mir nicht nehmen. Ich rufe Konrad gleich an. Oder wollen wir zu ihm hin? Nee, telefonie-

ren wir lieber! Ja, bitte, Fräulein, 4-6-88! — Ist Herr Landgerichtsrat Konrad zu sprechen? — Danke — Können Sie mir vielleicht die Nummer sagen? — Danke sehr.“

Wilschinsky legt den Hörer wieder auf und schreibt eine Nummer nieder.

Der ist noch gar nicht nach Hause ge-kommen. Ist noch im Gericht.

Gerade vierzig Minuten hatte Landge-richtsrat Konrad auf der Chaiselongue in Schwerdtfegers Büro gelegen. Geschlafen hatte er nicht. Das Kissen roch entsetzlich. Das kam vom Haaröl der King-Gillette-Frisur des Assistenten Lorenz. Konrad hatte sich an den Ofen gesetzt und die Füße auf einen Stuhl gelegt. Dann war Schwerdtfeger erschienen und hatte Be-richt erstattet. Er war mit seinen Leuten völlig durchgefroren, blau im Gesicht. Sie haben ihn gefunden — da, wo Gabler angegeben hatte.

„Uebrigens hatte schon jemand ver-sucht, ihn auszugraben. Ganz frische Spuren.“

Konrad schlägt mit der flachen Hand auf den Tisch, daß es knallt. „Ja. Und der Totengräber war bestellt. Zum Aus-graben.“

Konrad sieht Schwerdtfeger fragend an. Der lehnt den Rücken an den Ofen und reibt seine Ohren.

„Bonte!“ „Was?“

„Ja.“ Konrad schlägt wieder auf den Tisch.

„Das ist doch... Woher weiß er denn?“ Schwerdtfeger zieht die Schultern hoch.

„Haben Sie Photos machen lassen?“ „Jawohl, von jedem Stadium der Ausgrabung.“

„Auch vorher? Mit den frischen Spuren?“

„Auch vom Anfangsstadium.“ Das Telefon. Assistent Lorenz geht heran: